

## RESOLUTION DES STADTRATES DER STADT HETTSTEDT

1. Die Mitglieder des Stadtrates der Stadt Hettstedt trauern um die zahlreichen Opfer rechtsextremer und rechterroristischer Gewalt. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer.

Wir sind erschüttert, dass Menschen unter Bezugnahme einer nationalsozialistischen Ideologie, die in der Vergangenheit für millionenfaches Leid verantwortlich war, zu solchen Taten fähig sind.

Wir erwarten, dass die zügige und konsequente Arbeit der zuständigen Behörden zur Aufklärung der von rechtsextremen terroristischen Gruppen begangenen Morde unter Einbeziehung bisher noch ungeklärter rechtsextremer Straftaten von allen politischen Ebenen auf höchstem Niveau gefördert und gefordert und damit konsequent weitergeführt wird.

2. Entschieden verurteilen wir das Anbringen von nationalsozialistischen und rechtsextremen Symbolen und Schmierereien an Gebäuden und Objekten in zahlreichen Kommunen unseres Landkreises.

Auch hierbei muss die Ermittlung der Täter und ihrer Hintermänner vorangetrieben werden.

3. In Folge der jüngsten Entwicklungen sind alle öffentlichen Institutionen, Organisationen und Parteien dazu aufgerufen, dem Rechtsextremismus noch stärker entgegenzutreten.

Wir stehen ein für ein Deutschland, ein Sachsen-Anhalt, ein Landkreis Mansfeld-Südharz und eine Stadt Hettstedt, in dem alle Menschen sicher leben können und geachtet werden. Wir treten ein für Freiheit, Toleranz, Respekt und Vielfalt.

4. Die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen, rassistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen, Parteien und Gedankengut bundesweit, aber auch in unserem Landkreis muss nachhaltig fortgesetzt werden.

Es müssen alle demokratischen Gruppen gestärkt werden, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren.

Die vielfältige Arbeit von Initiativen, Bündnissen, Vereinen und Einzelpersonen, aber auch die Arbeit von Kinder- und Jugendeinrichtungen auf diesem Gebiet bedarf einer Koordination und Bündelung durch den Landkreis.

5. Weiterhin fordern wir die Bundesregierung auf zu prüfen, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein Verbot von rechtsextremen Parteien ergeben. Ein solches erachten wir als sinnvoll, um rechtsextremen Organisationen und Gruppierungen im Umfeld dieser Partei den finanziellen und organisatorischen Boden zu entziehen.